

# Militarisierung der Gesellschaft im Indonesien der "Neuen Ordnung"

*Der folgende Beitrag wurde von Herrn Theo Soetomo Siswapranata auf der Südostasien-Tagung im Februar mit dem Thema 'More Power to the People - Konflikte um Demokratisierung in Südostasien' als Referat vorgetragen.*

Die wirtschaftspolitischen Ziele der Politik der 'Neuen Ordnung' wurden mit Hilfe des Militärs bzw. repressiver, nicht-demokratischer Strukturen durchgesetzt und gingen einher mit einem Verlust traditioneller sozio-kultureller Formen des gesellschaftlichen Umgangs. Diese Tendenz setzt sich bis in die Gegenwart fort, wie es auch der letzte Entwurf der staatlichen Richtlinien (GBHN), über den im Volkskongreß debattiert wurde, deutlich macht.

Sowohl im Bereich der Exekutive als auch in der Legislative, dem Volksberatungsrat (DPR) und dem Volkskongreß (MPR), nimmt das Militär zunächst quantitativ eine dominierende Stellung ein.

Über die Hälfte der Gouverneure der 27 Provinzen Indonesiens sind Vertreter des Militärs. Von den 31 Ministern im Kabinett sind 11 hohe Offiziere der Streitkräfte. Auch die Verteilung der Sitze im MPR, bestehend aus den Vertretern der drei Parteien PPP und PDI (59 Plätze), Golkar (im wesentlichen die Regierungspartei - 141 Plätze) und der Streitkräfte (50 Plätze) macht eine Dominanz der militärischen Komponente deutlich. Das wahre Ausmaß der militärischen Präsenz geht jedoch weit über offizielle Zuteilungen hinaus, wenn man sich die Anzahl von Golkar-Vertretern und von Regionalvertretern vergegenwärtigt, die aus den Reihen des Militärs stammen.

Wohl noch besorgniserregender als die Auferlegung militärischer Herrschaft auf die indonesische Gesellschaft ist jedoch die Durchsetzung eines "militärischen" Stils der Problemlösung (repressiv, nicht-demokratisch) und in der Folge die allmähliche und unterschwellige Übernahme dieses Ansatzes gesellschaftlichen Manövrierens auf allen Ebenen der indonesischen Gesellschaft.

Der Status und die Rolle des Parlaments, idealtypischerweise ein wesentlicher Bestandteil eines demokratischen Systems mit politischer Kontrolle und einer ausgleichenden Funktion gegenüber der Regierungsmacht, ist fragwürdig, wenn es nicht die Belange des Volkes vertritt, sondern vielmehr die der Machthaber, nämlich der Entscheidungs-

träger (Regierung), der Kapitalbesitzer und der militärischen Einrichtungen, die dann letztendlich die wahre Macht ausüben.

Angesichts dieser für Indonesien zutreffenden Machtverteilung scheinen die Wertvorstellungen, die für die indonesische Kultur als wesentlich gelten, wie die 'gemeinsame Beratung' zur Problemlösungsfindung (*musyawarah*, *mufakat*), die 'soziale Gerechtigkeit' (*keadilan sosial*), die 'gegenseitige Hilfe' (*gotong royong*), zwar beim staatlichen Indoktrinierungsprozess (P4), dem eine beträchtliche Anzahl von Indonesiern ausgesetzt sind, eine wichtige Rolle zu spielen, entbehren jedoch in der gesellschaftlichen Realität jeglicher Grundlage und stellen einfach nur verbale Beteuerungen dar.

Die vielen Fälle von Landaneignungen, z.B. Tanah Merah, bei denen seit langer Zeit ansässige Bewohner gezwungen werden, ihr Heim und ihren Besitz zu verlassen, sind ein eindeutiger Hinweis darauf, daß der 'gemeinsamen Beratung' in der Praxis keine Bedeutung mehr zukommt. Die Vertreibung der Menschen und die Zerstörung der Häuser auf dem jeweiligen Land erfolgt in der Regel durch Einrichtungen der Regionalregierungen mit der Unterstützung von Polizei und Militär.

Ähnliche Vorgehensweisen lassen sich bei Fällen beobachten, die Arbeitskonflikte und den informellen Sektor betreffen. Einerseits lassen sich die Besitzer der Fabriken und Unternehmen nicht auf 'gemeinsame Beratungen' ein, andererseits tendieren die "Gewerkschaften" aufgrund ihrer organisatorischen Struktur und ihrer Führung ohnehin dazu, sich auf die Seite der Unternehmen zu stellen. Die vielen Streiks in den letzten Jahren waren tatsächlich Versuche von Arbeitern, das Recht auf 'gemeinsame Beratung' einzufordern. Diejenigen 'gemeinsamen Beratungen', die schließlich stattfanden, endeten jedoch nur in einem Forum, d.h. in Versammlungen, in denen die Arbeiter in Anwesenheit des Militärs (*Sandratex*, *Patal Maligi*, *Gajah Tunggal*) die Bedingungen der Fabrikbesitzer akzeptieren mußten.

Im Zeitraum von Januar bis November

1992 fanden allein in den Regionen von West-Java und im Umkreis von Jakarta (Jabotabek) insgesamt 190 Streiks statt, an denen 142.565 Arbeiter teilnahmen (Quelle: YLBHI, zit. nach AAFLI). Als Reaktion auf diese Streiks hat die Regierung, u.a. der Arbeitsminister und der für die Koordination von Politik und Sicherheit zuständige Minister, einerseits vor der Bedrohung gewarnt, die diese Streiks angeblich für das Wachstum der indonesischen Wirtschaft und die Stabilität der Regierung darstellten und andererseits vor der Möglichkeit, daß sie von nicht genannten, auch ausländischen Interessen gesteuert werden könnten. Bar-kostanas, das Koordinierungsorgan zur Aufrechterhaltung nationaler Stabilität, führte eine Konsultation durch, um die Streikmotive zu untersuchen, obwohl selbst offizielle Kreise zugeben, daß beispielsweise 1991 in den Industriegebieten von Tangerang 60% der 1300 eingetragenen Fabriken nicht den vorgeschriebenen regionalen Mindestlohn von Rp. 2100 (ca. 1,70 DM) pro Tag bezahlten. Ein Lohn, der ohnehin unter dem festgelegten Betrag von Rp. 2700 pro Tag zur Befriedigung der Grundbedürfnisse eines ledigen Arbeiters liegt. Die Grundbedürfnisse der Mehrheit der Arbeiter wurden auch 1992 nicht gedeckt.

Immer häufiger läßt sich beobachten, daß Polizei und Militär auf repressive Mittel, darunter auch physische Gewalt, zur Lösung sozialer Unruhen und sozialer Konflikte, bei der Überführung von Straffälligen und der Behandlung von Gefangenen zurückgreifen. Tote und Verletzte sind nicht selten die Folge. Oft ist den (vermeintlich) Schuldigen die Möglichkeit, ihre Situation auf rechtlchem Wege zu klären, versperrt.

Auf alle Ebenen der Gesellschaft, selbst in die Familie, droht sich diese Tendenz zu Gewalt und Zwang als das Mittel zur Lösung von Konflikten auszuweiten. Das zeigt eine steigende Zahl von Berichten über Fälle, die sich auf häusliche Gewalt beziehen, wie der Mißbrauch von Frauen und Kindern, der oft mit dem Tod endet; die Vergewaltigung von Kindern durch die Eltern und der körperliche Mißbrauch von Hausangestellten (1991 bezogen sich 16,1% aller

der Rechtshilfeorganisation LBH Jakarta mitgeteilten Fälle in irgendeiner Form auf häusliche Gewalt).

Die anhaltende "Agro-Politik" der Regierung in Form einer verordneten "Grünen Revolution" hat zwar zur Folge, daß das Ziel, den inländischen Bedarf an Reis zu decken, erreicht wurde, jedoch gibt es immer noch eine Anzahl von ländlichen Armutsgebieten mit mindestens 30 Millionen unterernährten Menschen. Die Statistik über den Anstieg der Verbesserung der Lebensbedingungen der Dorfbewohner zeigt im Jahre 1992 eine ähnliche Tendenz auf wie zwischen 1987 und 1990, nämlich einen Rückgang von 13,2% (1980-1987) auf 11,4%. Diese fallende Tendenz wird anhalten und auch die ländlichen Gebiete von Java und Bali mit einschließen. Während Statistiken einen Rückgang der ländlichen Armut von 44,2 Millionen (1976) auf 17,8 Millionen (1990) aufzeigen, geht die Zahl der Landbesitzer angesichts einer hohen Verstärkerungsrate drastisch zurück.

Außerdem existiert ein großes Ungleichgewicht zwischen den Einkommen aus dem industriellen und dem landwirtschaftlichen Sektor (11:2,7 % Zuwachs der Einkommen im industriellen Sektor verglichen mit dem landwirtschaftlichen Sektor). Die Hälfte aller Arbeitskräfte ist jedoch heute noch im landwirtschaftli-

chen Sektor beschäftigt und nur 13% im industriellen Sektor.

Der gegenwärtige Entwurf der staatlichen Richtlinien droht wegen seiner Betonung auf Industrialisierung und - noch bedenklicher- auf "Agro-Industrie" die Stellung der Landbewohner weiter zu schwächen, da die miteinander kollaborierenden Unternehmer/Industriellen und Militärs direkten Zugriff auch auf die ländliche Nahrungsmittelproduktion erhalten.

Die von der derzeitigen Regierung praktizierte Umweltpolitik ist für die Zerstörung weiter Teile des tropischen Regenwaldes und die Fehlschläge bei der Wiederaufforstung verantwortlich zu machen. Transmigrationsprojekte haben wesentlich zur weiteren Verschlechterung der Umweltsituation in Gebieten außerhalb des überbevölkerten Java beigetragen. Sie werden von vielen Nicht-Javanern aber auch als Versuche angesehen, die Dominanz der Javaner zu stärken. Solche fehlgeleiteten Versuche der Bevölkerungskontrolle und sozialer Manipulation führen in erster Linie zu inter-ethnischen Auseinandersetzungen, wie es u.a. in Aceh, in Irian und anderen Gebieten Ost-Indonesiens, sowie in Kalimantan zu beobachten ist.

Mit der gegenwärtigen Betonung der Bevölkerungskontrolle unter dem Deckmantel der Familienplanung (für die

Suharto eine Auszeichnung von der UNO erhielt), die von den sogenannten Gruppen zur Förderung des Familienwohls (PKK) unter der Leitung der Dharma Wanita (Staatliche Frauenorganisation) durchgeführt wird, werden Frauen dazu veranlaßt, Regierungsziele wie Stabilisierung, Ordnung (in einem sehr militaristischen Sinn) und Entwicklung zu fördern, und dies selbst auf der Ebene der Familie, die von der Regierung als die kleinste Einheit der administrativen Kontrolle betrachtet wird. Während Frauen dazu ermahnt werden, ihre naturgegebenen Aufgaben (kodrat wanita) als gute Ehefrau und Mutter zu erfüllen, wird gleichzeitig von ihnen erwartet, daß sie sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen, vor allem als billige Arbeitskräfte für die Fabriken. Dies führt viele Frauen in einen Rollenkonflikt, häufig gepriesen als die "Doppelfunktion" (peran ganda) indonesischer Frauen, die sie mit Liebe und Anmut zu erfüllen haben. Die extrem eingeschränkten Möglichkeiten, ein Mindesteinkommen zu verdienen, führen viele Frauen in die Prostitution und setzen sie wiederum Ausbeutung, Gewalt und Erniedrigung aus.

Der Verlust der bedeutenden Rolle von Frauen in der Landwirtschaft als eine direkte Folge der "Grünen Revolution" wird symbolisiert durch den auffallenden Rückgang in der Verwendung des aniani (winziges Messer zum Schneiden der Reisähren, traditionelle Aufgabe der Frauen, d.Ü.) und dessen Ersatz durch die Sichel (für Männer).

Es ist offensichtlich, daß in einer vom Militär dominierten Kultur, in der diese Probleme existieren, Verhandlungen eine völlig sinnlose Vorgehensweise darstellen. Politische Partizipation als ein Weg, um eine Verbesserung der Situation und die Lösung von Konflikten zu erreichen, ist in der gegenwärtigen Phase der Entpolitisierung (durch das Konzept der "treibenden Masse") in keiner Weise vorhanden. Die Weigerung Einzelner, diese Situation zu akzeptieren, führt nur zu ihrer Festnahme, wenn nicht sogar zu Folter und Tod. Offizielle Kanäle zur Problemlösung sind der Bevölkerung deshalb praktisch versperrt. Die einzigen, die noch Widerstand leisten, sind die NROs, einige Intellektuelle und Studenten. Nur in diesen Kreisen können der Geist der Kritik und die ernsthafte Entwicklung von Gegenentwürfen zur augenblicklichen Regierungspolitik überleben, um Beispiele alternativer Optionen bereitzustellen.

**Theo Soetomo Siswapranata**

*Der Autor ist seit vielen Jahren in indonesischen Nichtregierungsorganisationen aktiv und u.a. Mitbegründer der ländlichen NRO Sosial Sido Makmur und des Environmental Studies Project. Übersetzung aus dem Englischen durch die Südostasien-Informationsstelle.*

